

Boom bei den Weltverbesserern

Die Stiftungsbranche wächst und wird professioneller

CHRISTIAN MIHATSCH

Stiften ist «in». Ein Drittel aller Schweizer Stiftungen ist keine zehn Jahre alt. Noch fehlt es der Branche aber an Transparenz.

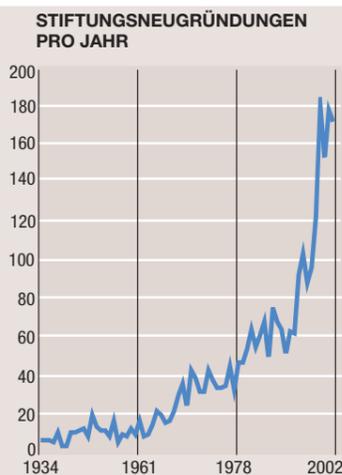
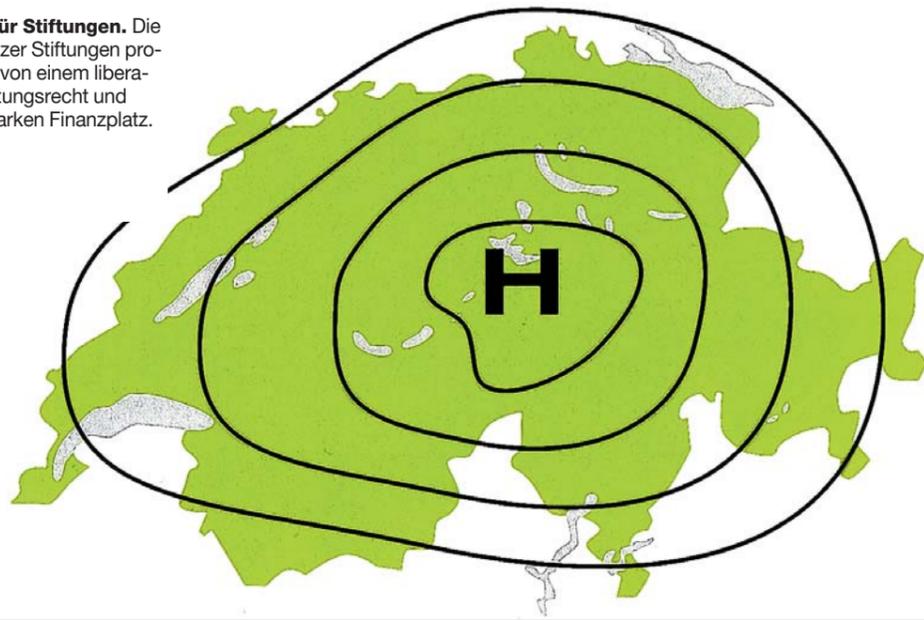
In der Schweiz gibt es rund 12000 «klassische» Stiftungen (ohne Vorsorge-stiftungen etc.) mit einem Kapital von 30 bis 50 Mrd. Fr. oder rund 5000 Fr. je Einwohner. Mehr als 100 000 Menschen oder 2,5% aller Beschäftigten arbeiten für Stiftungen und erwirtschaften gut 2% des BIP. Jedes Jahr verteilen Stiftungen gut 1 Mrd. Fr. oder 130 Fr. pro Schweizerin und Schweizer. In keinem Land der Welt gibt es mehr Stiftungskapital pro Einwohner als in der Schweiz und auch die Anzahl der Stiftungen ist rekordverdächtig: Obwohl Deutschland zehnmal mehr Einwohner hat, ist die Zahl der Stiftungen in etwa gleich wie in der Schweiz. Die Schweiz ist ein Stiftungsparadies.

ZWECK. Ein wesentlicher Grund ist das liberale Stiftungsrecht: Einzige Voraussetzung für die Errichtung einer Stiftung ist der Eintrag ins Handelsregister. Dadurch erhält das gestiftete Vermögen seine eigene Rechtsperson. Das Geld gehört sich selbst. Eine Stiftung hat keine Mitglieder wie ein Verein oder eine Genossenschaft und keinen Besitzer wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Das gestiftete Geld ist auch nicht dem Bürger verpflichtet wie der Staat. Massgeblich ist allein der Zweck der Stiftung, der Stifterwille. Eine Stiftung ist also zweckgebundenes Kapital.

Das Konstrukt, Geld einem guten Zweck zu vermachen, ist alt. Die noch heute bestehende Bürgerspitalstiftung im bayrischen Wemding wurde im Jahr 917 gegründet. In den letzten Jahren ist aber ein Boom von Stiftungsgründungen zu verzeichnen (siehe Grafik). Ein Drittel aller Schweizer Stiftungen ist keine zehn Jahre alt. Die meisten der alten wie neuen Stiftungen sind klein und haben bei Gründung ein Vermögen von unter 10 Mio. Fr. Tätigkeitsschwerpunkte von Stiftungen sind Soziales (35%), wissenschaftliche Forschung und Kultur (je knapp 20%) sowie Entwicklungshilfe (knapp 10% aller Stiftungen).

WENIG KONTROLLE. All diese Angaben sind Schätzungen. Stiftungen unterstehen zwar einer Kontrolle, der Stiftungsaufsicht. Diese kann aber auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Ebene erfolgen. So hat keine Stelle Überblick über das gesamte schweizerische Stiftungswesen. Zudem haben Stiftungen keine Offenlegungspflichten. Sie kom-

Hoch für Stiftungen. Die Schweizer Stiftungen profitieren von einem liberalen Stiftungsrecht und dem starken Finanzplatz.



Stiften ist «in». Die Zahl der Neugründungen wächst rasant. Quelle: Lang/Schnieper

munizieren wann, wie und was sie wollen. Dies steht im Widerspruch zu den Privilegien, die Stiftungen geniessen. Gemeinnützige Stiftungen sind steuerbefreit. Ausserdem können Stifter ihre mildtätigen Gaben bei der Einkommenssteuer absetzen.

STEUERAUSFALL. Der Staat verzichtet also auf Steuereinnahmen. Dies begründet zumindest einen Informationsanspruch der Öffentlichkeit, meint Rolf Keller, Leiter des Studienzentrums Kul-

turmanagement der Universität Basel. Mehr Transparenz könnte auch das fundamentale Governance-(Aufsichts-)Problem von Stiftungen, das Fehlen von Eigentümerinteressen, mildern. Bei der Novellierung des Stiftungsrechts per Januar 2006 wurde dieses Problem aber nicht behoben. Der Gesetzgeber hat einzig eine Pflicht zur Revision der Buchhaltung eingeführt. Unverändert gelassen haben die Räte auch die Möglichkeit Kapital zu akkumulieren.

Im Gegensatz zum deutschen oder amerikanischen Recht, kennt das Schweizer Stiftungsgesetz nach wie vor keine Ausschüttungspflicht. Die Ausschüttungsquote ist entsprechend niedrig (siehe untenstehende Tabelle).

ZUSAMMENARBEIT VON STIFTUNGEN. Mit dem Code der Schweizer Förderstiftungen geht nun Swissfoundations, ein Verein von Förderstiftungen, oben genannte Probleme an: Governance, Transparenz und Professionalität des Managements von Stiftungen sollen verbessert werden. Auch haben Universitäten Philanthropie als Forschungsfeld entdeckt und richten Kompetenzzentren ein. Ausserdem kümmern sich vermehrt die Grossen um die Kleinen. Die Gebert Rüt Stiftung etwa bietet kleinen Stiftungen Pooling von Geldern an.

Die Christoph Merian Stiftung (CMS) in Basel entwickelt sich derzeit zu einem eigentlichen Gemeinwohlkonzern. Kleine Stiftungen können ihre gesamte Verwaltung an die Profis der CMS delegieren. Potenziellen Stiftern wird zudem die Möglichkeit geboten, anstatt dass sie selbst eine eigene Stiftung gründen, Legate oder Fonds bei der CMS einzurichten. So können die Verwaltungskosten gesenkt werden, erklärt Christian Felber, Direktor der CMS.

Teil der Zivilgesellschaft

ORDNUNGSPRINZIP. Menschliches Handeln muss geordnet werden, um das Zusammenleben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Die Wissenschaft unterscheidet dabei drei Ordnungsprinzipien: Gewalt, ausgeübt durch den Staat zur Durchsetzung von Gesetzen, Tausch auf einem Markt respektive in der Wirtschaft und schliesslich das freiwillige Geschenk.

FREIWILLIGENARBEIT. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um geschenkte Zeit, also ehrenamtliche Tätigkeiten wie z.B. als Fussballtrainer. Oft wird das «Schenken» in Non-Profit-Organisationen wie Vereinen oder Stiftungen institutionalisiert. Gemeinsam bilden sie die sogenannte Zivilgesellschaft, den dritten Sektor neben Staat und Markt. Alle drei Sektoren erbringen Leistungen, die für die Gesellschaft unabdingbar sind. mic

Ein Drittel in Basel

BASEL. Bei der basel-städtischen Stiftungsaufsicht sind 710 «klassische», gemeinnützige Stiftungen mit einem Vermögen von 10 Mrd. Fr. registriert – ein Drittel des Schweizer Totals. In Liestal sind 215 Stiftungen mit einem Vermögen von über 500 Mio. Fr. registriert. mic

	Schweiz	Deutschland	USA
Anzahl Stiftungen	ca. 12000	ca. 12000	ca. 62000
Stiftungskapital	30–50 Mrd. Fr.	ca. 80 Mrd. Fr.	ca. 600 Mrd. Fr.
Jährliche Ausschüttung	ca. 1 Mrd. Fr.	ca. 3,7 Mrd. Fr.	ca. 38 Mrd. Fr.
Ausschüttungsquote	2–3,3%	4,6%	6,3%
Ausschüttung pro Einwohner	133 Fr.	46 Fr.	126 Fr.

«Bau des Münsters würde an der Urne scheitern»

Stiftungen sollen auch nicht mehrheitsfähige Projekte fördern, sagt Philipp Egger von der Gebert Rüt Stiftung

INTERVIEW: CHRISTIAN MIHATSCH

Die Gebert Rüt Stiftung (GRS) wurde 1997 von dem Unternehmer Heinrich Gebert (Geberit Sanitärtechnik) zur Förderung von wissenschaftlichen Projekten gegründet. Das Stiftungsvermögen beträgt 220 Mio. Fr. Die Geschäftsleitung ist in Basel.

baz: Herr Egger, welche Rolle haben Stiftungen in der Gesellschaft?

PHILIPP EGGER: Stiftungen sind Teil der Zivilgesellschaft. Sie können Risiken eingehen und ermöglichen gesellschaftliche Innovationen. Die öffentliche Hand kann nur machen, was mehrheitsfähig ist. Der Bau des Basler Münsters würde heute an einer Volksabstimmung

scheitern. Private Stiftungen dagegen können etwas ausprobieren. Die GRS hat zum Beispiel das Schweizer Literaturinstitut anschubfinanziert, heute ein erfolgreiches Hochschulinstitut. Das war ein Risikoprojekt. Sie müssen also erst die entsprechenden Nischen identifizieren?

Wir sind eine unternehmerische Stiftung. Selbst reiche Stiftungen haben sehr geringe Mittel im Vergleich zum Staat oder zur Wirtschaft. Die GRS kann pro Jahr 10 Mio. Fr. für Forschung ausgeben, die ETH Zürich Hundert Mal mehr. Wenn wir überhaupt etwas bewegen wollen, müssen wir Lücken finden, Projekte mit Hebelwirkung.

Hat sich das Selbstverständnis der Stiftungen in den letzten Jahren gewandelt? Ja sicher. Das traditionelle Stiftungshandeln ist reaktiv und verwaltet.

Wir versuchen zu gestalten, in der Gesellschaft etwas zu bewirken. Eine Stiftung ist ein gesellschaftlicher Deal. Stiftungen sind steuerbefreit. Das ist ein Privileg. Als Stiftung muss man dieses Privileg rechtfertigen. Rechtfertigen können wir es nur, wenn wir Wirkung erzielen. Wir müssen also der Gesellschaft zeigen, dass das ein guter Deal ist, dass wir gute Projekte fördern.

Hätte der Gesetzgeber bei der Neufassung des Stiftungsrechts die Stiftungen denn nicht zu mehr Transparenz zwingen müssen?

Ich bin ein Gegner von staatlichen Regulierungen. Es darf nicht sein, wegen 2% potenziell schwarzer Schafe allen anderen das Leben schwer zu machen. Das wäre zum Nachteil des Stiftungsbiotops Schweiz. Unsere Devise lautet Selbstregulation.

Nützt den Stiftungen selbst die Transparenz auch?

Ja natürlich. Sie macht unsere Leistungen sichtbar, macht uns fassbar und glaubwürdig. Je bekannter etwa die GRS geworden ist, desto mehr interessante Projekte erhalten wir.

Die GRS bietet kleineren Stiftungen das Pooling von Stiftungsvermögen an.

Das ist richtig. In der gesamten Debatte liegt bisher der Fokus auf der Förderung. Die Erwirtschaftung von Erträgen ist ein Tabu. Viele Stiftungen könnten eine bessere Rendite erzielen. Die GRS hat durch die Umstellung ihrer Vermögensverwaltung eine knappe Mio. Fr. an Gebühren pro Jahr gespart. Denn wir haben uns für diese Dienstleistungen von drei verschiedenen Banken eine Offerte unterbreiten lassen. So haben wir mehr Geld für Projekte.

nachrichten

Scor macht Ernst

ZUG. Der französische Rückversicherer Scor hat sein formelles Übernahmeangebot für Converium vorgelegt. Scor bestätigt darin den im Februar angekündigten Angebotspreis für den Schweizer Konkurrenten. Scor bietet eine halbe eigene Aktie sowie 4 Fr. in bar pro Titel. Basierend auf dem Schlusskurs vom 23. Februar (Tag der Voranmeldung des Angebots), ergibt dies einen Wert von 21.25 Fr. je Aktie. SDA

Swisscom darf bieten

MAILAND. Die Mailänder Börsenaufsicht Consob hat das Swisscom-Angebot für die italienische Fastweb zugelassen. Damit beginnt das Kaufangebot für die Aktien des Festnetzbetreibers am kommenden Dienstag (10. April) und läuft bis zum 15. Mai. Die Swisscom bietet 47 Euro pro Fastweb-Aktie. Damit kostet der grösste Kauf in der Swisscom-Geschichte rund 6 Mrd. Fr. SDA

SNB: Mehr Reserven

BERN. Die Währungsreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sind 2006 weiter gewachsen: Ende Jahr lagen sie mit 78,662 Mrd. Fr. um 3,065 Mrd. Fr. höher als Ende 2005. Zu verdanken ist der Anstieg der Währungsreserven einer deutlichen Aufwertung des Nationalbankgoldes um 4,1 Mrd. Fr. Dagegen nahm der Wert der Devisenanlagen, die den grössten Reserveposten bilden, um knapp 1 Mrd. Fr. ab. SDA



Adecco-Spitze

ZÜRICH. Der ehemalige ABB-Präsident Jürgen Dormann (67) soll neuer Verwaltungsratspräsident beim Arbeitsvermittler Adecco werden. Dormann ist der Wunschkandidat des scheidenden Adecco-Präsidenten Klaus J. Jacobs (70). Dormann ist seit Juni 2004 im Adecco-VR. Er löst Jacobs an der Generalversammlung vom 8. Mai ab. Kurz zuvor, am 3. Mai, wird Dormann als Präsident des ABB-Verwaltungsrats zurücktreten. SDA

Kuoni kauft Latin Tours

ZÜRICH. Der Reisekonzern Kuoni übernimmt die Dorado Latin Tours. Der Reisespezialist gehört zu den führenden Veranstaltern für Reisen nach Südamerika und in die Polarregionen. Dorado Latin Tours erzielte mit sieben Angestellten 2006 einen Umsatz von 7,5 Mio. Fr. SDA

Neuer «Hello»-Chef

BASEL. Moritz Suters neue Airline «Hello» bekommt einen neuen Chef: Robert Somers (42) löst per Ende Juni Markus Seiler ab, der altershalber zurücktritt. Firmen-Mitgründer Seiler nimmt nun im Verwaltungsrat Einsitz. Der Ire Somers, der auch eine Pilotenlizenz hat, war bei Crossair u.a. Chef der Pilotenschule. SDA

Wirbel um Tamiflu

TOKIO. In Japan schlägt die öffentliche Debatte über mögliche Nebenwirkungen des Grippemedikaments Tamiflu von Roche immer höhere Wellen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind mittlerweile 1079 Fälle aktenkundig, in denen die Tamiflu-Einnahme unerwünschte Wirkungen hatte. Bei 128 von ihnen – überwiegend Jugendlichen – kam es zu «abnormalem Verhalten», also zu geistiger Verwirrung. SDA